

Geduldige Zimmermannsarbeit: Den Dialog zwischen Friedensforschung und Politik produktiver gestalten

von Ulrich Schneckener

Die Leitlinien sollten das breite disziplinäre Spektrum der Friedens- und Konfliktforschung als Teil der „Friedens-Infrastruktur“ in Deutschland aufnehmen und die Rolle wissenschaftlicher Beratung bei der Umsetzung der Leitlinien bekräftigen. Wissenschaftlich begleitete Evaluierungen sowie eine jährliche „Peace-Review“-Konferenz könnten den stärkeren Austausch zwischen Wissenschaft und Politik fördern.

Außenminister Steinmeier [erklärte](#) im Rahmen des Review-Prozesses des Auswärtigen Amtes: „In einer Strategie für den Frieden im 21. Jahrhundert ist Außenpolitik Prävention, Krisendiplomatie und geduldige Transformationsunterstützung. Sie ist *Zimmermannsarbeit* an Elementen einer tragfähigen, friedlichen und gerechten internationalen Ordnung.“ Diese „Zimmermannsarbeit“ dürfte mit der Wahl von Donald Trump keinesfalls einfacher geworden sein, vor allem wenn sich die neue US-Regierung primär als „Abrissbirne“ der multilateralen Ordnung erweisen sollte. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland neben Entwürfen, Bauplänen und Instrumentenkästen für die Krisenprävention und Friedenssicherung einen strategischen Kompass mit ins politische Gepäck nimmt. Dafür sollte der PeaceLab2016-Prozess, der erstmals zu friedenspolitischen Leitlinien für die Bundesregierung führen soll, genutzt werden. Im Unterschied zum [Aktionsplan von 2004](#) wird es eher um Perspektiven zu den zentralen Handlungsfeldern der Außen- und Friedenspolitik gehen müssen. Dabei gilt es, sich klar zu machen, dass sich die Leitlinien weniger nach innen, an die eigene Öffentlichkeit, richten werden, sondern sie auch ein Signal an die europäischen und globalen Partner sind. Was kann und will Deutschland zur Bearbeitung von Krisen und Konflikten, zur Etablierung und Stabilisierung von Friedensordnungen (global wie lokal) beitragen? Das dürfte eine Kernfrage sein.

Die Leitlinien sind ferner wichtig, um aus dem Dauer-Krisenmodus auszubrechen, in den sich die Politik teilweise auch selbst hineinredet. Wo sich Krise an Krise reiht und der Alltag durch die Wahl zwischen schlechten Optionen bestimmt wird, droht das perspektivisch Wichtige aus dem Blick zu geraten. Nachhaltige Friedenspolitik muss aber mehr sein als Krisendiplomatie, sie muss durch langfristige Perspektiven, Konzepte und Ressourcen unterlegt werden.

Ein Review-Prozess für die Friedens- und Konfliktforschung?

Der Zuwachs an politischer Aufmerksamkeit für das bis dato eher marginalisierte Feld der zivilen Krisenprävention bringt steigende Erwartungen an die Friedens- und Konfliktforschung mit sich. Dies ist erfreulich und herausfordernd zugleich, fördert dies doch unweigerlich ein *expectation-capability gap* zutage. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht auch die Friedens- und Konfliktforschung einen eigenen „Review-Prozess“ mit Blick auf ihre Stärken und Schwächen, Kapazitäten und Potentiale des Wissenstransfers durchführen sollte. Eine Art Inventur, bei der die eigenen Beiträge zur Politik- und Gesellschaftsberatung gesichtet und kritisch reflektiert werden. Drei Fragen müssten hierbei adressiert werden: Welche Art von Wissen produzieren wir eigentlich? Wie halten wir es mit der wissensbasierten Politikberatung? Was sind geeignete Formen und Formate von Wissenstransfer?

Interdisziplinäres Wissen produzieren und synthetisieren

Erstens: Die Wissensproduktion wird zweifellos stark von der Binnenlogik des akademischen Betriebs geprägt. Auch in der Friedens- und Konfliktforschung wurde die Akademisierung, Professionalisierung und Internationalisierung in den vergangenen Jahren vorangetrieben. Diese Entwicklung war notwendig, offenbart aber auch ihre Schattenseiten: Sie hat nicht nur die funktionale Differenzierung zwischen Wissenschaft und Politik verstärkt, sondern auch die Spezialisierung innerhalb der Wissenschaft befördert: Finanzierung gibt es vor allem für abgrenzbare, eher kleinteilige Forschungslücken, weit weniger aber für übergreifende und zusammenführende Forschung. Das Ergebnis ist eine zunehmend parzellierte, hochgradig spezialisierte Forschungslandschaft, bei der schon Insider Mühe haben, den Überblick zu behalten. Der Friedens- und Konfliktforschung fehlt es insofern an Synthese-Fähigkeit, gebündelter Expertise und der Sicherung von Wissensbeständen. Mehr noch: Auch der interdisziplinäre Charakter des Forschungsfeldes wird nur begrenzt eingelöst, ein Gesamtbild entsteht auch hier eher durch Addition denn durch Zusammenwirken. Für die Fragen von Gewalt- und Krisenprävention, Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung wird aber beides benötigt: sowohl spezialisiertes, fall- und kontextbezogenes Wissen als auch generalisierbares „Synthese-Wissen“. Dies setzt aber eine stärkere Kooperation innerhalb der Friedensforschung voraus, auch Förderformate müssen entsprechend überdacht werden.

Wissenschaft aufs Spielfeld: angebotsorientierte Politikberatung

Zweitens: Wissensbasierte Politikberatung setzt voraus, zwischen Tribüne und Spielfeld hin- und herzupendeln. Die Bereitschaft dazu ist jedoch in der Friedens- und Konfliktforschung nicht überall gleichermaßen ausgeprägt, manche fürchten um die Unabhängigkeit ihrer Forschung oder ihre herrschaftskritische Positionierung. Andere sehen pragmatisch, dass Politikberatung im akademischen Betrieb schlicht wenig Anerkennung findet, sie wird weder besonders gefördert noch wirklich geschätzt. Diese Haltung gilt es jedoch zu überwinden, weil sich ansonsten das

Forschungsfeld – wie auch von [Deitelhoff/Daase](#) konstatiert – selbst politisch ins Abseits manövriert und seinem eigenen gesellschaftspolitischen Anspruch nicht gerecht wird. Politikberatung sollte jedoch nicht als pädagogische oder gar missionierende Übung missverstanden werden. Sie sollte vielmehr einem dialogischen Verständnis folgen. Entscheidend sind zwei Aspekte: Zum einen geht es um die richtige *Balance aus Distanz und Nähe*. Es gilt stets die Beobachterposition gegenüber dem politischen Betrieb beizubehalten, wohl aber dessen Spielregeln und Sachzwänge zu kennen, ohne sie sich zu eigen zu machen. Es bedarf zudem einer gewissen Empathie und vertrauensvollen Kooperation, weil ansonsten Kritik und Irritationen beim Gegenüber nicht verfangen, sondern statt Reflektion lediglich Abwehrreflexe und Blockaden auslösen. Zum anderen wird eine *angebotsorientierte* Politikberatung benötigt, die zwar Bedürfnisse des Adressaten antizipiert, aber selbst Agenda-setting betreibt und nicht allein auf Zuruf oder politische Opportunitäten reagiert, was die Gefahr beinhaltet, passförmige Expertise anzubieten, die sich geräuschlos in den politischen Betrieb integrieren lässt, wie dies [Lars Brozus](#) in seinem Blog beschreibt. Die Friedens- und Konfliktforschung muss, wenn sie Gehör finden will, selbst in stärkerem Maß Angebote zum Dialog und zur gemeinsamen Reflektion machen. Hierfür wäre es zudem hilfreich, wenn die – meist personalisierten – Erfahrungen mit und Erkenntnisse aus der Politikberatung systematisch ausgewertet und in ein institutionalisiertes Wissen überführt würden.

Jährliche „Peace-Review“-Tagung mit Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft

Drittens: Für den Wissenstransfer ist der Faktor Zeit – das Timing – ein wesentlicher Parameter, er führt aber auch zu einem grundsätzlichen Dilemma. Wissenschaft und Politik folgen unterschiedlichen Zeithorizonten. Dies ist auch gut so, denn es wäre fatal, wenn sich die Friedens- und Konfliktforschung zum Teil kurzfristigen Bedarfen oder schnelllebigen Konjunkturen unterwerfen würde. Wissenschaft braucht neben Freiheit vor allem Zeit. Die dabei entstehende Lücke zwischen „Nachfrage“ und „Angebot“ ist bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich – auch wenn sie auf beiden Seiten immer wieder Enttäuschungen produziert. Die einen finden mit ihren Erkenntnissen kein Gehör, weil gerade andere Prioritäten bestehen, die anderen finden für ihre Fragen keine adäquate Expertise. Die Möglichkeiten, diese Lücke zu überbrücken, sind begrenzt: Letztlich geht dies nur durch einen engen persönlichen Kontakt und einer ständigen Rückkopplung, was aber wiederum zeitaufwändig für alle Beteiligten ist. Die prozessbegleitende Forschung oder teilnehmende Beobachtung durch Wissenschaftler*innen mag im Einzelfall eine Option sein. Realistischer scheinen mir zwei andere, bisher weniger erprobte Formate zu sein: Dies wäre zum einen die *wissenschaftlich begleitete Evaluierung* von friedenspolitischen Maßnahmen, Programmen und Projekten – beileibe kein einfaches Feld, weil die Wirkung von solchen Politiken schwer zu erfassen, zu messen und zu beurteilen ist. Dennoch bietet eine Evaluierung die Chance, über Anpassung und Weiterentwicklung von Programmen, aber auch über die Grenzen des eigenen Tuns nachzudenken. Zum anderen wäre der regelmäßige Austausch zu

konzeptionellen und strategischen Fragen der Friedenspolitik hilfreich, gerade in Verbindungen zu anderen Feldern der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, um nicht Gefahr zu laufen, dem Ressort- oder Kästchendenken verhaftet zu bleiben. Konkreter Vorschlag: Warum sollten wir nicht eine jährliche „Peace-Review“-Konferenz im Berliner Kalender verankern? Verstanden als eine Art *stock-taking*-Übung, gemeinsam organisiert von Ministerien, Parlament, zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie der Friedens- und Konfliktforschung. Die [Deutsche Stiftung Friedensforschung](#) würde ein solches Format gerne unterstützen.

Friedens- und Konfliktforschung als Teil deutscher „Friedens-Infrastruktur“ in Leitlinien verankern

Diese Überlegungen werfen die Frage auf, welchen Stellenwert die Friedens- und Konfliktforschung in den Leitlinien haben könnte. Es wäre wünschenswert, wenn die Leitlinien das breite interdisziplinäre Spektrum der Friedens- und Konfliktforschung als Teil der „Friedens-Infrastruktur“ in Deutschland aufnahmen und die Rolle wissenschaftlicher Beratung bei der Umsetzung der Leitlinien bekräftigten. Ferner stellt sich die Frage, inwieweit in den Leitlinien eine stärkere Institutionalisierung des Austausches zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, seien es Gremien oder Formate des Wissenstransfer, angesprochen werden kann. Daneben gibt es noch eine externe Dimension, die bisher kaum thematisiert worden ist: eine stärkere Rolle der Friedens- und Konfliktforschung in der Außenpolitik, nicht zuletzt in der Außenkultur- und Außenwissenschaftspolitik. Dies betrifft einerseits die stärkere Inanspruchnahme von deutschen Expert*innen bei internationalen Konferenzen und Verhandlungsformaten, andererseits böte sich die Friedens- und Konfliktforschung als ein Partner an, um Strukturen der Friedensforschung und –bildung in anderen Ländern zu unterstützen. Dafür ließen sich die Erfahrungen beim Aufbau von entsprechenden Studiengängen und Forschungsinstitutionen ebenso nutzen wie die Förderung von Austauschprogrammen, um Wissenschaftler*innen aus Krisenregionen an deutsche Forschungsinstitute zu holen und damit die internationale Netzbildung zu unterstützen. Auch dies wäre ein (kleiner) Baustein zur Krisenprävention.

Seit der US-Wahl ist viel die Rede davon, dass die internationale Rolle Deutschlands noch wichtiger werden dürfte. Diese Entwicklung hätte mit Blick auf die Statik innerhalb Europas keineswegs nur positive Folgen, weshalb mit einer solchen Rolle behutsam und vorausschauend umgegangen werden muss. Absehbar ist, dass Deutschland künftig weitaus mehr Kapazitäten und Ressourcen aufbringen muss, um die multilaterale Zusammenarbeit auf verschiedenen Feldern zu stärken oder auch nur aufrechtzuerhalten. Dafür braucht es auch erhebliche Investitionen in unser Wissen über die Welt. Wer stattdessen in erster Linie nach erhöhten Verteidigungsausgaben ruft, der hat den Ernst der Lage nicht wirklich verstanden.

[Prof. Dr. Ulrich Schneckener](#) ist Professor für Internationale Beziehungen & Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Osnabrück und Vorsitzender des Vorstandes der [Deutschen Stiftung Friedensforschung](#) (DSF).